

WESTBERLIN, MAI 1968

1. MAI

ZEITUNG DER ARBEITER, SCHÜLER & STUDENTEN

**Klassenkampf
statt Volksgemeinschaft
Sozialistisches Forum
Arbeiter, Studenten und
Schüler beraten über die
nächsten Schritte ihres
Kampfes gegen – die Profit-
macher und Spekulanten in
Senat und Parteien
– den Verrat der
Gewerkschaftsspitze
– die Unterdrückung in
Betrieben, Schulen und
Hochschulen
– die Spekulation mit dem
Berliner Wohnungselend.**

**30. April 1968, 18 Uhr
Hasenheide „Neue Welt“**

**Am 1. Mai werden Arbeiter,
Studenten und Schüler
demonstrieren, daß sie von
niemand die Veränderung
ihrer miserablen Lage
erwarten als von sich selbst-
daß Sie den sozialistischen
Kampf aufgenommen haben.
Sammelpunkt: 9.30 Uhr,
Neukölln, Karl-Marx-Platz
Schlußkundgebung 11 Uhr,
Hohenstaufenplatz**



„Ihr studiert auf unsere Kosten“

Euch geht's ja viel zu gut. Ihr solltet erst mal richtig arbeiten! — Bringt doch erst mal euren eigenen Mist in Ordnung!

In den letzten Tagen haben Schüler und Studenten zusammen mit jungen Arbeitern gegen einen Senat, eine Presse und einen Rundfunk demonstriert, die sich wegen ihrer systematischen Pogromhetze für den Mordanschlag auf Rudi Dutschke zu verantworten haben.

Manche Arbeiter und Angestellte aber meinen, diese Schüler und Studenten sollten, statt zu demonstrieren, erst mal richtig arbeiten, ihnen ginge es zu gut, und überhaupt studierten sie ja auf ihre Kosten, sie sollten das Maul halten, sich nicht in die Politik einmischen, erst mal ihre Uni in Ordnung bringen. Diese Meinungen sollen einmal kritisch untersucht werden.

Stimmt es, daß es den Studenten viel zu gut geht

Es studieren z. B. an der freien Universität 15 000 Studenten. Eine Studienbeihilfe von durchschnittlich 220 DM erhalten nur 2000 Studenten. Die anderen finanzieren ihr Studium durch Nebenarbeiten oder durch Zuwendungen der Eltern. Nach Angaben der „Heinzelmännchen“, der Arbeitsvermittlung für Studenten, sind an der FU 5500 Stu-

denten gezwungen, wöchentlich 3 Tage zu arbeiten, um die notwendigsten Ausgaben bestreiten zu können. Weitere mindestens 5000 Studenten müssen hin und wieder für ihren Lebensunterhalt arbeiten. Umfragen und Berechnungen des Verbandes Deutscher Studenten haben ergeben, daß mindestens 410 DM für jeden Studenten notwendig sind, damit er ohne materielle Sorgen studieren kann. Den Studenten geht es also keineswegs zu gut.

„Ihr studiert auf unsere Kosten“

Warum bekommen die Studenten ein so niedriges Stipendium, oder müssen arbeiten und sich von ihren Eltern aushalten lassen? Liegt es daran, daß nicht genügend Geld vorhanden ist?

Der Bundeshaushaltsplan von 1967 z. B. sah für Studienbeihilfen im ganzen Bundesgebiet 55 Millionen vor, während für militärische Ausgaben 18,5 Milliarden veranschlagt waren. Diese Zahlen zeigen, daß unsere Politiker nicht begriffen haben, daß nur durch hohe Bildungsinvestitionen wirtschaftlicher Reichtum auf lange Sicht ermöglicht wird. Oder

wollen und können die Politiker das nicht begreifen, sind sie nicht weitgehend in der Hand der Unternehmer?

Die Unternehmer steuern unsere Wirtschaft und Politik nach ihrem Interessenplan, d. h. nach ihrem Gewinnstreben:

Die wissenschaftliche und technische Entwicklung ermöglicht die Herstellung von billigeren, besseren und dauerhafteren Waren, d. h. das Angebot an Waren würde größer als die Nachfrage. Die Preise und damit die Gewinne der Unternehmer würden zurückgehen, würden diese Möglichkeiten genützt. Die Unternehmer wollen aber ihre Gewinne vergrößern. Deshalb schaffen sie sich politische Konflikte, die eine militärische Verteidigung notwendig erscheinen lassen; die Unternehmer können Güter produzieren, die sie nicht auf einem vom Konsum abhängigen Markt verkaufen müssen; der Staat kauft diese Produkte mit Steuergeldern auf, d. h. er finanziert über die Steuern zusätzliche Unternehmergewinne.

Es ist also den Studenten nicht vorzuerzählen, daß sie z. T. auf Steuergeldern studieren, sondern es ist den Unternehmern vorzuerzählen, daß sie auf Steuerkosten, d. h. mit unserem Geld Gewinne für sich erzielen.

„Ihr solltet erst mal richtig arbeiten“

Es gibt noch einen zweiten Grund, warum die Studenten so kurz gehalten werden. Ihnen wird ganz bewußt nicht mehr Geld gegeben, denn das heißt materielle Unabhängigkeit und das wiederum bedeutet Unabhängigkeit im Denken und Handeln. Das weiß und fürchtet man. Die jetzige Universität ist eine Fabrik, die nach unten tretende und nach oben buckelnde Vorgesetzte produzieren soll. Die Herrschenden wollen und sind darauf angewiesen, daß diese Vorgesetzten von morgen das tun, was sie wollen, sie können sich selbsteigentliches System nicht leisten. Deshalb versuchen sie, den Nachwuchs so früh wie möglich in Abhängigkeit zu halten — und das wirksamste Mittel ist die materielle Abhängigkeit.

„Bringt doch erst mal euren eigenen Mist in Ordnung“

Das alles heißt, daß die Studenten wie auch die Arbeiter in gleicher Weise, mit ähnlichen Tricks ausbeutet und ihr Widerstand in Schach gehalten wird. Die Studenten werden mit lächerlich geringen staatlichen oder privaten Zuwendungen, die Arbeiter mit ein paar Pfennigen mehr Lohn oder ein paar Sozialleistungen geködert, das Maul zu halten und für die Herrschenden zu schufeln.

„Die Studenten, die Bosse von morgen“

Deshalb wäre es unsinnig, wenn Arbeiter die Studenten auffordern, sich dem Zwang der Ausbildung, die jetzt nichts anderes ist als Ausbeutung widerstandslos zu fügen, denn

damit würden sie dafür sorgen, daß sie morgen noch schärfere Vorgesetzte, noch hemmungslosere Ausbeuter bekommen.

Die Studenten von heute wollen aber nicht länger die Ausbeuter von morgen sein, sie lassen es nicht zu, daß Arbeitern die wahren Zusammenhänge von Leuten wie Springer vernebelt werden, so daß sie nach noch erfolgreicher Ausbeutung rufen. Die Studenten haben schon mit Arbeitern zusammen demonstriert. Sie werden das in Zukunft weiter tun und kämpfen für das Recht und die Möglichkeit der Selbstbestimmung des einzelnen, d. h. dafür, daß jeder bestimmen kann, wie, was, und wofür er arbeitet und lernt.

Sonja Braust

„Im Kern gesund“?

Die Berliner Wirtschaft sei „im Kern gesund“ — so tönt es aus Springers Hochburg und seiner Filiale im Schöneberger Rathaus. Wie „gesund“, das dokumentiert das Protokoll einer Sitzung des wirtschaftlichen Arbeitskreises der SPD-Fraktion. Die Sitzung fand statt am 31. Januar 10 Uhr, Raum 2033 im Schöneberger Rathaus. Natürlich geheim, und das aus gutem Grund: Diese Sitzung enthält die Bankrotterklärung der Berliner Wirtschaftspolitik.

Zur Frage, wie sich der Senat ein verstärktes Engagement westdeutscher Industrie vorstellt, heißt es im Protokoll:

„Genosse (Wirtschaftsminister) König führt aus, eine Konzeption im eigentlichen Sinne sei nicht ausgearbeitet. Der Gedanke eines verstärkten wirtschaftlichen Engagements des Bundes in Berlin habe sich aus den allgemeinen Überlegungen über Maßnahmen zur Stärkung der Berliner Wirtschaft ergeben. Dabei sei ein beispielhaftes Vorangehen des Bundes angestrebt worden. Die Möglichkeiten dazu seien aber stark begrenzt. Dies habe sich aus den Besprechungen mit dem Bundeswirtschaftsministerium ergeben.

So ließen sich Wertigkeiten Bergbauunternehmen naturgemäß nicht in Berlin installieren. Überlegungen in den Überlegungen seien die vereinigten Aluminiumwerke, das Volkswirtschaftsamt, Es sei keineswegs damit zu rechnen, daß eine VW-Autoproduktion nach Berlin verlegt würde, allenfalls stiehe einmal eine Zulieferbetriebe. Auch bei den Vereinigten Aluminiumwerken seien die Voraussetzungen ungunstig. In Berlin gäbe es keine Baustofflager, und der Strompreis sei hoch.“

Niemand will in Berlin investieren, und der Senat hat keine Ahnung, wie er aus dem Wirtschaftskollaps herauskommen soll. Das also heißt: „Im Kern gesund“.

König weiter im Protokoll: „Gen. König führt aus, daß die Forderung einer verstärkten Präsenz von Bundesunternehmen weitgehend taktischer Natur gewesen sei. Gen. König schildert dann im einzelnen die Widerstände, die seinen Bemühungen unüberwindlich entgegengestellt würden. Die öffentlichen Erklärungen seien weitgehend Lippenbekenntnisse. Die Großkopfen der Wirtschaft seien weiterhin nicht bereit, nach Berlin zu kommen. Starke Widerstände seien auch unter Sozialdemokraten festzustellen. Bundesverkehrsminister Leber z. B. sei ein ausgesprochen Berliner Feind.“

„Im Hinblick auf Investitionen der amerikanischen Firma Kaiser in Berlin sei er skeptisch.“

Diese Skepsis hat sich bestätigt: Schütz machte eine Reise in die USA, um dort um Industrieinvestitionen für Berlin zu betteln. Ohne Erfolg. Selbst Versuche, die nur symbolische, wirtschaftlich aber völlig unbedeutende Anwesenheit von Bundesbehörden zu erhöhen, sind gescheitert.

„Gen. Horst Schulz ergänzt, Linde des Senats sei ein verstärktes sichtbares Engagement des Bundes in Berlin. Ein geschlossenes Programm anzufstellen sei für den Senat aber kaum möglich. (Was Bundesinstitutionen anbetrifft, so habe z. B. die Debatte im Bundestag über das Oberste Bundesgericht gezeigt, welche geringe Resonanz der Vorschlag, Berlin als Sitz zu wählen, gefunden habe. Ein anderes Beispiel sei gegenwärtig die Bundesanstalt in Nürnberg.) Jeder Versuch, Institutionen abzuverlegen, sei außerordentlich schwierig und stoße auf sehr harten Widerstand.“

Der Chef des Bundesvorstandes der Deutschen Industrie, Fritz Berg, in BZ und Senatsverlautbarungen als Freund und Retter Berlins gefeiert, erscheint plötzlich in einem ganz anderen Licht:

„Gen. König äußert sich über den BDI äußerst kritisch und skeptisch. Aus dem Arbeitspapier des BDI könne herausgesehen werden, daß in Berlin nichts geschehen dürfe, was Herrn Berg nicht gefalle. Die Aktion in der Sache, die der BDI bis jetzt gezeigt habe, sei äußerst dürftig.“

Axel Springer muß sich also starkes Konkurrenz gefellen lassen: Nicht nur er, auch Fritz Berg will bestimmen, welche Politik in Berlin gemacht wird.

Das Protokoll verzichtet gegen Ende eine für Berliner Verhältnisse ungewöhnliche Anregung, nämlich die, man solle der Bevölkerung vielleicht doch mal die Wahrheit sagen:

„Gen. Krutz stellt die Frage, ob es richtig gewesen sei, bei dieser Sachlage die Menschen unserer Stadt in falschen Vorstellungen zu belassen.“

Die Antwort auf diese Frage steht nicht im Protokoll, wir können sie.

Die Ausschusssitzung dauerte von 10 Uhr bis 12.30 Uhr. Für zweieinhalb Stunden wurde in Berlin die Wahrheit gesagt. Natürlich geheim. Ab 12.30 Uhr wurde wieder weitergelesen. BZ und Senat: Die Berliner Wirtschaft sei „im Kern gesund“.

Der Kern, das ist die Konzeptionslosigkeit des Senats, das ist die Abhängigkeit Berlins von Konzernbossen, das ist die Unterdrückung der Wahrheit durch Senat und Springerpresse.

Der Kern ist, daß die Betroffenen dieses verfahrenen Wirtschaftspolitik, vor allem die Arbeiter, nicht informiert geschweige denn gefragt werden bei lebenswichtigen Entscheidungen, ob z. B. bestimmte Betriebe aus Berlin abgezogen werden oder nicht.

Der Kern ist, daß die Arbeiter endlich selbst bestimmen sollten, was in und mit ihren Betrieben geschieht. Und nicht Springer und Berg.

Paul Spatenke

Bis zum 30. April 1968 müssen die Betriebsräte wählen II. Gesetz durchgeführt worden sein. In einigen Berliner Großbetrieben haben sie schon stattgefunden, und die Wahlbeteiligung war deprimierend, teilweise unter 50%. Die weitaus meisten der alten Betriebsräte wurden wiedergewählt und werden immer wiedergewählt, „bis daß der Tod Euch scheidet“.

Nun könnten ja gerade Betriebsratswahlen echte Ansätze und Möglichkeiten zur Demokratie bieten. Wie kommt es dann, daß die meisten Arbeiter und Angestellten völlig uninteressiert sind und glauben, wählen oder nicht wählen sei sowieso unwichtig, „ändern werde sich ja doch nichts —?“

„Mir ging es noch nie so gut wie heute, warum also noch Betriebsrat.“

„Hier hat es mal einen gegeben, der hat auch geredet und wollte alles für die Arbeiter tun, jetzt ist er Angestellter.“

Bei 5000 „Belegschaftsmittlern“ gibt es etwa 26 Betriebsräte. Kurze Zeit beschäftigte Arbeiter kennen davon normalerweise zwei, nämlich diejenigen, die nicht mehr arbeiten müssen, die „Freigeestellten“, also den Betriebsratsvorsitzenden und dessen Stellvertreter. Alte Arbeiter wissen von 1 oder 2 Leuten, daß die auch im Betriebsrat sitzen. Irgendwelche Folgen hat das nicht. Der Betriebsrat wird bei den vierteljährlich stattfindenden Betriebsversammlungen zur Kenntnis genommen, da es dafür 2 freie Stunden gibt, er hat immer Plakate für den Zirkus und Karajän aushängen, und da geht so keiner hin, er führt das Dasein eines Kackucks, man hört ihn zwar zu bestimmten Jahreszeiten, aber sehen tut man ihn selten.

Und was könnte er alles tun! Er könnte vor der Wahl eine oder, wenn das nicht reicht, mehrere Wahlveranstaltungen durchführen. Dabei könnte er als Kandidaten vorstellen. Und alle Kandidaten stehen

dann öffentlich den Arbeitern und Angestellten zur Rede und Antwort. Keiner komme da mit dem Argument, mancher sei dazu zu schüchtern. Der kann dann erst recht nicht mit dem Unternehmen verhandeln und mit Nachdruck die Interessen seiner Wähler vertreten. Dazu soll ja eine gewisse Ständfestigkeit und Beredsamkeit gehören. Und dabei würde sich auch gleich herausstellen, ob der Kandidat es jedermann machen will oder ob er klare und eindeutige Stellung bezieht. Natürlich kann keiner genau wissen, was der Betriebsratskandidat dann wirklich tun, wenn er gewählt ist, aber einerseits kann man auf jeden Fall mehr über ihn aussagen und eher eine sinnvolle Entscheidung treffen, wenn er sich auf diese Weise vorstellt, als wenn man bei der Wahl nur seinen Namen auf einer Liste sieht und nicht mal weiß, wie der überhaupt aussieht. Und andererseits kann man ihn ja kontrollieren.

An den Betriebsratswahlen sind die meisten nämlich auch deshalb so uninteressiert, weil sie von der Betriebsratsarbeit keine Vorstellung haben. Wenn der Betriebsrat bei den Betriebsversammlungen, bei denen die ganze Belegschaft ja mitwirkt, nicht nur erzählen würde, er habe mit der Betriebsleitung darüber verhandelt, ob die Betriebsleitung mit der Verkehrgesellschaft über verhandeln könne, die Bushaltestellen in Betriebsnähe mit einem Fahrplan zu versehen, schläft alles ein. Wenn er aber über die Beschlüsse und die konkrete Arbeit der Betriebsräte berichten könnte, wie zum Beispiel über den Abschluß eines betriebsnahen, überbetrieblichen Lohnvertrages oder die Einrichtung einer Betriebskantine oder die bessere Auswahl an Essen in der Kantine, dann würden sich schon mehr Leute für den Betriebsrat interessieren.

Aber anscheinend wollen die Betriebsräte das alles nicht. Sie stellen sich nicht vor, sie sagen nicht, warum sie sich für fähig halten, Betriebsrat zu

werden, sie erzählen uns nichts über ihre Arbeiten, sie schließen keine überbetrieblichen Lohnverträge ab, sie wollen das alles anscheinend nicht. Sie wollen ihren alten, eingefahrenen Verein weiterführen, wie er schon immer lief, und wie sie die besten Erfahrungen gemacht haben, so soll es weitergehen.

Nur, das sind die besten Erfahrungen für die Betriebsräte, nicht für uns. Und für uns sollen sie doch sein, die Erfahrungen und die Betriebsräte.

Da wir wollen, daß der Betriebsrat unsere Interessen vertritt, ist auch eine nötige Kontrolle solange sinnlos, wie keine Möglichkeit besteht, einen weniger standfesten Betriebsrat, der die Versprechungen nicht erfüllt, die er vor der Wahl gemacht hat, abzuwählen.

Zweiterlei also muß geschehen: Die Protokolle der Sitzung des Betriebsrates muß jeder einsehen können, sie müssen an allen Schwarzen Brettern aushängen, so daß man sich davon überzeugen kann, wer was gesagt hat. Und: Alle Unfähigen müssen abwählbar sein. Wir dürfen ihnen keine drei Jahre Zeit geben. Ein Viertel der Stimmen der Arbeiter und Angestellten sollte genügen, sie abzuwählen. Dann wird der Betriebsrat nicht nur Angst vor „denen da oben“ haben, sondern auch eine gewisse Scheu, dauernd den Weg des geringsten Widerstandes zu gehen. Denn den müssen wir bezahlen. Ein so kontrollierter Betriebsrat kann dann, gestützt auf die Solidarität seiner Kollegen, endlich Forderungen durchsetzen, die den engen Rahmen des Betriebsverfassungsgesetzes durchbrechen.

„Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser.“ Diese Betriebsräte hätten ein genau abgegrenztes und gezieltes Mandat und stellen ein echtes Element einer direkten Demokratie dar.

S. Fried

Unternehmer-Mai vor dem Reichstag

Das offizielle Maikomitee hat wenig Glück. Erst lehnt der vor wenigen Tagen ermordete Martin Luther King und nun auch Robert Kennedy es ab, auf der Mai-Feier vor dem Reichstag zu sprechen. Dabei hätte die Mai-Feier solche Prominenz als Zugpferde bitter nötig; denn der offiziellen Mal-Lösung — „Friede, Freiheit, Völkerverständigung“ — sieht jedermann es von weitem an, daß auf dem Platz der Republik wieder einmal nur über Gott und die Welt, nicht jedoch über unsere Probleme, Interessen und Bedürfnisse geredet werden soll.

Zu reden aber wäre darüber, welcher Frieden, wessen Freiheit und welche Art Völkerverständigung gemeint ist. Ob mit Frieden vielleicht gemeint ist, daß sich die Arbeiter friedlich verhalten sollen, wenn die Geschäftsleitung wieder einige Kollegen entläßt oder über-tarifliche Leistungen streicht. Ob mit Freiheit vielleicht die Freiheit westdeutscher Spekulanten gemeint ist, die Berliner Staatskasse zu erleichtern, oder die Freiheit der Unternehmer, Reichtum, den die Berliner Arbeiter geschaffen haben, nach Westdeutschland zu bringen oder die Freiheit der Schulbehörden, verdammende Lehrpläne vorzuschreiben. Ob unter Völkerverständigung vielleicht verstanden wird, daß sich die Vietnamesen mit einem Amerika befreundeten sollen, das Napalm auf Vietnam regnen läßt, oder daß die Bundesrepublik ein Griechenland, Persien, Spanien oder Portugal unterstützt, das seine Arbeiter und Studenten unterdrückt, prügelt, ein-kerkert, foltert und ermordet. Darüber wäre zu reden.

Worum es jedoch dem offiziellen Maikomitee geht, wird an seinen „Vorbereitungsmalnahmen“ sichtbar: Den Vorschlag der Falken, einen Vertreter der oppositionellen Jugend reden zu lassen, lehnte es im Februar mit der Begrün-

dung ab, daß die Redner für die Kundgebung bereits feststehen, obwohl es erst diese Woche den Hauptredner fand. Der IG-Metall-Jugend des AEG-Konzerns untersagte es, in einem eigenen Block mit eigenen Losungen und Flugblättern an der Kundgebung teilzunehmen. Gewerkschafter, die an der sozialistischen Maidemonstration teilnehmen wollen, erpreßt es mit der Ausschlussandrohung, obwohl kein Gericht solch einen Ausschluss bestätigte würde.

Offensichtlich will also das offizielle Maikomitee mit allen Mitteln verhindern, daß über die tatsächliche Situation der Stadt, der Betriebe, des Verwaltungsapparates, die Wohnbedingungen etc. gesprochen wird. Wieso fürchten sich Senatspolitiker, Parteimanager und die Leute in der Gewerkschaftsspitze so sehr davor? Was würde sich denn zeigen, wenn nicht mehr nur allgemein und phrasenhaft über unsere Situation gesprochen würde?

Es würde sich zeigen, daß den Berlinern ihre vielgerühmte Tapferkeit und Standhaftigkeit schlecht bekommt. Sie bekennen sich zur westlichen Gesellschaftsform, zum Prinzip des freien Unternehmertums; nur leider bekennen sich die freien Unternehmer nicht zu ihnen. Unter Bedrohung der Blockade ließen die Berliner Arbeiter und Angestellten die bereits von ihrer Vertretung beschlossene Vergesellschaftung der wichtigsten Betriebe, die Abschaffung des Berufsbesatzens, die Einrichtung einer umfassenden und einheitlichen Sozial-, Kranken- und Altersversicherung fallen, um heute von den Unternehmern fallen gelassen zu werden.

Heute reist der Regierende Bürgermeister wie ein korrupter afrikanischer Staatschef erfolglos durch die westlichen Länder, um Kapitalisten davon zu überzeugen, daß in Berlin ganz ungewöhnlich große Profite zu machen sind. Heute lagern Konzerne, die längst ihren Hauptsitz in Westdeutschland haben, wichtige Produktionsstätten aus Berlin aus. Heute überweisen Unternehmer jährlich etwa 1 Milliarde DM, die sie aus den Berliner Arbeitern herausgeholt haben, nach Westdeutschland. Um überhaupt noch Unternehmer in Berlin etwas unternehmen zu sehen, beschenkt sie der Senat mit Steuergeldern, wenn sie völlig nutzlose Hochhäuser am Lützowplatz errichten oder wenn sie 40prozentigen Alkohol aus Bayern bezahlfahren, um ihn an einer Berliner Wasserleitung zu 40prozentigem Schnaps aufzufüllen. Diese Demonstration für die Unüberrücklichkeit des freien Unternehmertums kostet jährlich zwischen 3 und 4 Mrd. DM, verwandelt Berlin in eine Spekulantenhöhle und verhindert den langfristig geplanten Ausbau der Berliner Industrie. Heute importiert Berlin aus Westdeutschland Gesetze, die es den Geldsäcken

gestattet, aus der Wohnungsnot der Berliner Geld zu schlagen. Über all das ist für die Regierenden in Senat, Parteien und Gewerkschaftsspitze wirklich nicht gut reden; denn die Konsequenzen, die aus dieser Situation zu ziehen sind, beinhaltet das Ende dieser Regierenden. Wo so offenkundig das freie Unternehmertum mit einer Stadt, die immer noch die größte Industriestadt Mitteleuropas ist, nur noch spekuliert, da müssen die arbeitenden Menschen, die ihren Hauptsitz in Berlin haben, selbst dafür sorgen, daß der Reichtum, den sie stündlich hervorbringen, ihnen und ihrer Zukunft zugute kommt; da müssen sie sich einen Regierung- und Parteiapparat und eine Gewerkschaftsspitze vom Leibe schaffen, die mit dem Spekulantenpack zusammenarbeiten, den Cliquenkampf um Posten und Pensionen für Politik ausgeben und nichts mehr fürchten, als daß die arbeitenden Menschen Berlins die Lösung ihrer Probleme in

den eigenen Hände nehmen; da müssen die arbeitenden Menschen begreifen, daß es nicht darauf ankommt, daß derselbe Parteiensystem einen anderen Senat einsetzt, und daß es nicht darauf ankommt, einem anderen Parteiensystem das Feld der Politik und Wirtschaft zu überlassen. Mit schöner Deutlichkeit hat Klaus Schütz die Situation der Stadt gekennzeichnet: „Ein Berlin ohne Universität, aber mit einer Bevölkerung, die in Ordnung zu halten ist, kann noch leben.“ Also: ohne jeden Plan und ohne jede Perspektive kann sich eine Politikklique auch dann noch behaupten, wenn sich die Bevölkerung von ihr in Schach halten läßt. Die Frage ist also, wie lange wir uns noch in Schach halten lassen. Sicherlich, diese Leute an der Spitze sind nicht ungefährlich. Die Studenten, die mit Demonstrationen, Streiks und Boykotten für eine demokratische Universität kämpfen, sehen sich sehr schnell der Polizei gegenüber. Den Arbeit-

ern und Angestellten, Lehrlingen, Berufsschülern und Schülern wird es nicht besser gehen, wenn sie beginnen, um die Selbstbestimmung über ihre Arbeit und ihre Ausbildung zu kämpfen. Je tiefer wir jedoch die Regierenden in die Krise geraten lassen, um so blindwütiger und gemeingefährlicher werden sie auf die leitesten Auflehnungsversuche reagieren.

Deswegen müssen wir jetzt beginnen, den Kampf um die Selbstbestimmung unserer Zukunft zu organisieren. Niemand hat es mehr nötig, sich auf dem Platz der Republik Phrasen vordreschen zu lassen. Arbeiter, Studenten und Schüler werden am 1. Mai, dem Kampftag der Arbeiterklasse, demonstrieren, daß sie den Kampf aufgenommen haben.

Wolfgang Faber

Wie man 35 Millionen DM aus den Taschen der Steuerzahler zieht, ohne sich besonders anzustrengen

Weil die Unternehmer einen beträchtlichen Teil ihrer Steuern aus den Gewinnen zahlen, sind sie darauf aus, in ihren Büchern niedrige Gewinne auszuweisen. Die Gewinne sehen um so niedriger aus, je höher die Kosten angesetzt werden können. Daher macht das Finanzamt genaue Vorschriften darüber, wie hoch steuerlich die Kosten sein dürfen, um nicht betrogen zu werden. Jeder weiß, wie genau beim Lohnsteuer-Jahresausgleich dem Finanzamt die Kosten vorgerechnet und belegt werden müssen und wie

schnell es einen am Wickel hat, wenn Quittungen gefälscht und höhere Beträge angegeben werden.

Die Unternehmer dürfen in Westberlin von Staats wegen höhere Kosten anschieben, als ihnen wirklich entstanden sind.

Sie sparen dadurch erst einmal einen Haufen Steuern. Zwar müssen sie dieses Steuer-geschenk später verzinsen; aber wir werden sehen, daß sie auch dabei noch gut abschneiden.

Axel Springer hat für sein Haus an der Kochstraße runde 80 Mio. Mark bezahlt. Diese 80 Mio. sind aber noch keine Kosten. Denn er hat ein Haus im gleichen Wert dafür erhalten. Kosten entstehen für ihn erst mit der Abnutzung des Hauses, mit dem allmählichen Verlust seines Wertes. Wenn wir annehmen, daß das Haus in 60 Jahren abbruchreif ist, dann verliert es rechnerisch $\frac{1}{60}$ seines Wertes pro Jahr, also 1,3 Mio. Mark. So hoch sind die wirklichen durchschnittlichen Kosten pro Jahr.

Das Finanzamt gestattet dem Unternehmer Springer eine andere Rechnung. Er darf so tun, als wäre sein Haus bereits nach 1 Jahr zu drei Vierteln abgenutzt, oder als hätte es im 1. Jahr nicht 1,3 Mio. Mark, sondern 60 Mio. Mark gekostet. Springer entzieht also mit Genehmigung des Staates nicht nur 1,3 Mio., sondern 60 Mio. Mark der Besteuerung. Das heißt, den Unterschied von 58,7 Mio. Mark braucht er zunächst einmal nicht zu versteuern. Es bleiben also von dem 58,7 Mio. Mark bei einem Steuersatz von 60% 35,2 Mio. Mark in den Händen Springers und fließen nicht in die Staatskasse.

Nun sagt uns Herr Springer, was er im 1. Jahr an Steuern spare, werde ihm nicht ge-

schenkt, er müsse vielmehr später nachzahlen. Denn wenn er die Kosten am Anfang so hoch berechnet habe, könne er in den folgenden Jahren entsprechend weniger von der Steuer absetzen.

Verhält es sich wirklich so? Ist es nicht ein Unterschied, ob einer sofort 35,2 Mio. auf

bei der beschriebenen Regelung ist der Springer bekommt einen Betrag von 35,2 Mio. Mark aus der Staatskasse, für den er 80 Jahre lang jährlich 1 1/2% Zinsen zu zahlen hat. Der zweite springende Punkt ist: Man kann von der Erfahrung ausgehen, daß das Geld sich im Durchschnitt mit

Der Chefredakteur der Zeitung der IGM, Jakob Moneta, „Metall“, erklärt: Politik und Gewalt Heuchlerisch jede Anwendung von Gewalt zu verteilen, sollte man jenen überlassen, die in einem Rüstungshaushalt von 18 Milliarden zu einem atomaren Trügerweifen fordern und Aufrühr schreien, wenn in einem Zeitungs-konzern, der das Wort als Terrorwaffe benutzt, ein paar Scheiben zertrümmert werden. Als Gewerkschafter kann ich die Gewalt von Streikenden nicht mit der Gewaltanwendung von Streikbrechern gleichsetzen. Während erstere in der Geschichte dem Fortschritt, der Freiheit und der Demokratie eine Gasse gebahnt haben — man denke nur an die Massenstreiks zur Durchsetzung des allgemeinen Wahlrechts —, haben letztere, die Streikbrecher, als die bissigen Wachhunde von Besitz und Privilegien der Herrschenden fungiert, von denen sie „Arbeitswillige“ genannt werden. Bei Streikbewegungen fordern die Unternehmer sofort den „Schutz“ des Staates für arbeitswillige Streikbrecher. Nur wenn es gelingt, die Massen in Bewegung zu setzen, kann man auch in der Geschichte die notwendigen gesellschaftlichen Transformationen mit einem Minimum an Gewalt durchführen. Aus: Arbeiter-Schüler-Studenten-Zeitung, Frankfurt/Main, April 1968.

die Hand, bzw. nicht zu zahlen braucht, und im Laufe von 60 Jahren jedes Jahr etwas mehr an Steuer bezahlt, oder ob einer die 35,2 Mio. Mark erst einmal zahlen muß und später dafür etwas weniger an Steuern zu entrichten hat? Der erste springende Punkt

Bunter Nachmittag bei der ÖTV

Am 18. April lud die ÖTV zu einem alljährlich stattfindenden Tag der Jugend in die Philharmonie ein. Für die nötige Besucherzahl wurde gesorgt, indem man schon vorher die notwendige Dienstbefreiung beantragte, so daß ihrem Besuch nichts mehr im Wege steht. (Einladungsflygblatt). Aber das Programm war auch ganz verlockend: Bürgermeister Neubauer, Moritzensinger Jugendsekretär Pagels und Beat-Bands — alles dabei. Und so strömten etwa 2000 Jugendliche heran. Um 14 Uhr begann die Veranstaltung, und das Programm hielt, was es versprach.

Zwischen Beat und Gesang und gegen Ho-Chi-Minh-Geklätsche wußte sich Jugendsekretär Pagels kaum Gehör zu verschaffen. Er paßte sich dem sonnigen Klima mit einigen gänzlich inhaltslosen Titeln an. Fünfter wurde es allerdings, als in einem Sprecher die Forderung: „Wir wollen diskutieren“ erschallt. Der eben noch so ruhige Pagels ereiferte sich und bezeichnete die Rufer aufgebracht als „Linke Extremisten“, wobei für ihn offenbar die Diskussion den „Lin-

ken Extremisten“ vorbehalten war. Um diesem Eindruck zuvorkommen, beteuerte er sodann geflüstert, daß er selbstverständlich jederzeit zur Diskussion bereit sei, aber nicht gerade hier und schon gar nicht heute. Die Situation war geteilt; anschließend wieder Beat bis Schluß der Veranstaltung.

Alles in allem — ein bunter Nachmittag mit der ÖTV!

Was sollte das Ganze? Die Veranstaltung, die sonst jedes Jahr im Juni stattgefunden hatte, wurde kurzfristig auf den 18. April verschoben, 12 Tage vor dem 1. Mai. Nachdem sich ein sozialistisches Maikomitee gebildet hatte, war die Gewerkschaft offensichtlich um ihre Schäfchen besorgt. Man trat zur scheinbar notwendigen Rückversicherung an, Bezeichnung, daß über die politische und wirtschaftliche Misere der Stadt nicht gesprochen wurde. Bürgermeister Neubauer, der Hauptdrückzieher der gegenwärtigen Senatspolitik, wollte erscheinen und über das Thema: „Wo stand die Jugend in den letzten Tagen?“ sprechen. Das war in der Tat die Frage, die zu

klären gewesen wäre. Er schob eine wichtige Senatssitzung vor. Warum? Es war bekannt geworden, daß eine Gruppe von etwa 10 linken Lehrlingen und Schülern ebenfalls zur Philharmonie gehen wollte, um dort Flugblätter zu verteilen und zu diskutieren.

Eine offene Auseinandersetzung über die Interessen der jungen Arbeiter und deren Durchsetzung wurde um jeden Preis vermieden. Statt dessen biederte man sich an und versuchte, das Gefühl zu vermitteln, es sei alles in Ordnung.

Damit setzte die ÖTV die Verschleierungspolitik des Senats auf Gewerkschaftsebene fort. Ein gelungener Inhaltloser erster Mai im Kleinen.

Die eigentliche Diskussion fand vor den Türen der Philharmonie statt, mit den schon erwähnten Flugblattverteilern. Etwa ein Viertel der Jugendlichen wird zur sozialistischen Maidkundgebung kommen, da ihnen klar geworden ist, daß es für sie auf dem Platz der Republik nichts zu holen gibt!

Elmar Wirth

30. 4., 18.00: Neue Welt (Hasenheide)
1. 5., 10.00: Karl-Marx-Platz (Neukölln) Demonstrationszug
ca. 11.00: Hohenstaufenplatz/Kottbusser Damm Kundgebung

Nachdruck aus Oberbaumblatt Nr. 3

WALTER S. — ein Gewerkschaftsboss nach Maß

Mit dem Jargon der Kumpanei versucht er sich bereits mit seinen ersten Worten bei den Arbeitern anzubiedern: In familiärem Ton erinnert er daran, daß er selbst ein echtes Arbeiterkind aus Hamburg sei. Bereitwillig plaudert er darüber, wie er sonntags seinen Vater in die Kneipe begleitete, wo man sich traf, um zu diskutieren und politische Broschüren auszutauschen. Sein Vater führte ihn auf diese Weise in die kommunistische Bewegung ein und machte ihn mit den sozialistischen Zielen der Arbeiter vertraut. Erst war

Walter Jungspartacist, dann Jungkommunist, dann Mitglied der KPD. Hier hat er gelernt, *„wie eine trainierte Minderheit die Mehrheit aufputscht, wie man so demonstriert, daß ein Unschuldiger erschossen wird, um einen Märtyrer für neue Demonstrationen zu haben.“* Das erzählt er ausgenickert, auf die letzten Ereignisse in Berlin anspielend. Beiläufig suggeriert er den Zuhörern die Parole von der *„jährlichen Minderheit“* ein.

Walter räkelst sich am Tisch, seine gepflegten Hände streicheln

wohl über die grau melierten Schläfen, die ihm einen Hauch von vornehmer Würde verleihen. Er sieht aus wie ein guterhaltener Börsenjobber, ein lebenslustiger Spekulant, der es liebt, nachts über den Kudamm zu wandeln.

Sein ganzes Gebärde verrät, wie er seine Vergangenheit haßt: sein Elternhaus, seine Kindheit, seine proletarische Herkunft, seinen christlichen Vater, der ewig Prolet blieb.

Walter horcht in die Versammlung hinein. Er wägt jedes Wort ab, paßt sich der Stimmung an,

um sogar im gegebenen Moment radikale Phrasen auszustofen. Sein Ziel ist es, nicht die Kontrolle über die Versammelten zu verlieren, sie zu beruhigen, sie abzulenken. Er verachtet sie im gleichen Maße wie seine Vergangenheit.

Walter S. ist das Produkt der jüngsten deutschen Geschichte. Er verhöhnt die Masse der Arbeiter, hält sie für dumm und einfältig und sympathisiert mit den Mächtigen, verdrückt die Macht selbst, die Irrige, die bürokratische Manipulation, obwohl er sich „demokratisch“ gibt. Das ist aber gerade die Verhöhnung der Massen. Das Schlagwort der Demokratie ist so lange mündgerecht, so lange nicht nach dem Inhalt der Demokratie gefragt wird, solange sie nicht von den Arbeitern in der Gewerkschaft und in den Betrieben praktiziert wird. Augenblicklich gehört diese Parole noch zu seinem Image, zur Legitimität, zum Anstrich „des Gewerkschaftsfunktionsärs in der freiheitlichen Ordnung“.

Seine wirkliche Gesinnung gab S. preis, als er seine Agentenvermutungen gegenüber dem Republikanischen Club äußerte, der einen Fragebogen an Arbeiter geschickt hatte. In seinen Auslassungen gegenüber einem Korrespondenten der Nachrichtenagentur dpa sagte Walter S., *„es liegt die Vermutung nahe, daß eine solche Aktion von kommunistischer Seite jenseitigst wird.“* da ein solcher Club nicht allein in der Lage *„sei“*, eine derart präzise und umfassende Fragestellung zusammenzustellen und auszuwerten.“

Das ist die Sprache der Unternehmer, die seit er und je genau solche Angriffe gegen die Gewerkschaften richten. Wie gesagt, man wundert sich nicht, wenn das aus ihren Federn kommt.

Aber in diesem Fall hat ein hoher Gewerkschaftsfunktionär diese Schreiberlei angezweifelt.

Sein ausgeprägtes Elitedenken erlebte Walter in der KPD nach 1928 — als diese Partei sich im Stadium des Zerfalls befand. Durch das wirtschaftliche Chaos und durch die Drohung des Faschismus gewann zwar diese Partei laufend neue Wählerstimmen hinzu, innerhalb der Organisation selbst setzte sich die bürokratische Praxis der Verordnungen und Befehle durch, wodurch jede Diskussion der Mitglieder hintertrieben. Vom ZK wurden politische Formeln erfinden, die keinen Bezug mehr zur objektiven Situation der Ar-

beiter hatten, die aber blind von den Mitgliedern befolgt werden mußten. An die Stelle konkreter Kämpfe trat die Manipulation des Apparates. Walter machte anfangs jeden Kurswechsel mit, hatte Vertrauen in die „bewährte Führung“. Er glaubte naiv an die Parole, daß der Faschismus sich nicht lange halten könne, sondern sehr schnell durch eine sozialistische Revolution hinweggefegt werde. Im Jahre 1934 nahm er deshalb an einer illegalen Demonstration teil. Er wurde gefaßt, zusammen geschlagen und in das KZ Fuhlbiß eingeliefert.

Allmählich begriff er, daß die illegale KP von der Führung im Ausland verschliffen und verbraucht wurde, in sinnlose Aktionen hineingetrieben wurde. Irrsinnige Konfrontationen wurden mit der Terrormaschine des Faschismus auf Geheiß einer kopflösen Komintern provoziert. Der Verrat in den eigenen Reihen an die GESTAPO nahm zu. Langsam erkannte er den Umfang der Demoralisierung der Arbeiter, die Angst, die jede Solidarität zerstörte.

Seine Enttäuschung über die KP, vermischt mit der gleichen Angst, sich sinnlos zu opfern, daß alles vergeblich sei, mündete in dem Haß gegen jedes politische Engagement für eine bessere Zukunft. Man konnte nur individuell aus der beschissenen Lage herauskommen — nach oben gelangen. Seine Lebensregel wurde: Anpassung an die Macht, „Illusionslosigkeit“, Verachtung der Massen. Nur wenige waren zum Herrschen ausserkommen, er wollte dazugehören. Sein Zynismus, seine „Gabe“, sich in jeder Situation zurechtzufinden, legitimierte ausgezeichnet seinen Opportunismus. Die Lehrjahre in der KP, die Gehorsamspflicht den Direktiven des Apparates gegenüber, die Einseitigkeit die Macht des starren Bürokraten wurden ergänzt durch das Erlebnis des faschistischen Terrors. Wer hier überlebte, war zu allem bereit. Der demoralisierte Zyniker schloß jeden Vertrag ab, der ihm den Weg in die Karriere eröffnete, der ihn an der Herrschaft teilhaben ließ.

Nach 1945 befand er sich zufällig in der Westzone, und so verdingte er sich als Legionär den Zielen einer Besatzungsmacht. So blieb uns das Schauspiel erspart, Walter in der Garderobe eines sozialistischen Funktionärs bewundern zu können. Unter dem Vor-

Comisiones obreras Arbeiter und Studenten in Spanien

Der 1. Mai, der Kampf der Arbeiter, der in den meisten westeuropäischen Städten Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu einem friedlichen Ringelpietz unter den Klängen von Sonntagsreden vereinigt, ist in Spanien auf seine Weise entpolitisiert worden. Er wird als katholischer Feiertag begangen. In Spanien haben die mit der Staatsmaschine verquickten Gewerkschaften den Arbeitern nur Scheinerfolge erkämpft, die der Arbeiterbewegung den Wind aus den Segeln nehmen sollten. So darf in Spanien ein Arbeiter nur gekündigt werden, wenn der Arbeitgeber vor Gericht einen Kündigungsgrund ausweisen kann — doch bei näherem Hinsehen erweist sich diese spektakuläre Errungenschaft als pompöser Bluff, denn der Arbeitgeber kann einen Arbeiter jederzeit auf einen Hungerlohn von 16 DM wöchentlich setzen. Dieser gilt weiterhin als angestellt und bekommt nirgendwo anders besser bezahlte Arbeit.

Die Lage der spanischen Arbeiter spottet jeder Beschreibung. Die spanischen Arbeiter hungern, weil ihr magerer Lohn für das Notwendigste nicht herreicht. Sie wohnen meist zu mehreren Familien in einem Zimmer oder in kleinen Wellblechhütten am Rande der Stadt. Die staatlichen Gewerkschaften tun wie gesagt nichts für sie. Die KP genießt zwar einen legendären Ruf, versucht aber die spontane

Aktivität der Arbeiter in institutionelle Bahnen zu kanalisieren.

Den Arbeitern bleibt nichts anderes übrig, als die Suche nach Sachwaltern aufzugeben und ihre Belange selbst in die Hand zu nehmen. In ihren Betrieben bildeten sie die sog. Comisiones Obreras, Arbeiterkommissionen, die durch Warnstreiks, durch Lahmlagen von Maschinen etc. ihre unmittelbaren Forderungen durchsetzen. In den Wohnvierteln und in den Vorstädten organisierten sie Basisgruppen. Es versteht sich, daß diese Gruppen im geheimen arbeiten müssen — politische Beteiligung im Betrieb ist ein Entlassungsgrund, der von den Gerichten anerkannt wird, außerdem kann der Kapitalist einen ihm verdächtigen Arbeiter jederzeit auf Hungerlohn setzen.

In den Kommissionen und Basisgruppen wurde darüber beraten, wie man den 1. Mai wieder zum Kampftag der Arbeiter machen kann. Um die kirchliche Verbrämung dieses Tages zu unterlaufen, beschloß man, am 30. April zu streiken und sich dann am ersten Mai zu einem gewaltigen Demonstrationstag zu vereinen, um aller Welt zu demonstrieren, was die Uhr geschlagen hat.

In den Kommissionen, vor allem aber in den Basisgruppen arbeiten Studenten und Arbeiter zusammen. Studenten übernehmen das Drucken von Flugblättern und Plakaten.

Studenten der wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät stellten Statistiken zusammen über Unternehmergewinne, Arbeiterlöhne, Investitionen, etc. Sie erstellten Analysen, um Schwerpunktkrisen und Entlassungen voraussagen zu können. Studenten der Philosophischen Fakultät von Madrid organisierten gemeinsam mit den Arbeiterkommissionen Fortbildungskurse. Auch theoretische Ausbildungsarbeit leisteten Studenten. Hierbei können vor allem ausländische Kommilitonen unschätzbare Dienste leisten, wenn sie während der Hochsaison, als Touristen nur oberflächlich durchschielen, verbotene Schriften ins Land bringen.

Die spanischen Studenten und Arbeiter haben erkannt, daß sie nur in einem gemeinsamen Kampf, in dem jeder seine besonderen Möglichkeiten nutzt, ihre berechtigten Forderungen durchsetzen können. Überall in der Welt arbeiten Studenten und Arbeiter zusammen.

In Mailand warfen Studenten Molotowcocktails in die Verwaltungsgebäude des Fiatkonzerns, nachdem die Polizei brutal gegen streikende Arbeiter vorgegangen war —

- In Brasilien richteten Studenten Verpflegungsküchen für streikende Arbeiter ein
- In Hue kämpften Studenten gemeinsam mit den Truppen der Nationalen Befreiungsfront gegen die Zentralregierung.

Ezra Benjamin

Die faschistischen Prinzipien sind wohlfeil in seinen Vorlesungen über die Gesellschaft konterviert, sie treten in Erscheinung in der Form des Elitedenkens, der Verachtung der Massen, der Feindorientierung und eines ausgeprägten — schon beinahe krankhaften — Eigendünkels. Er ist kein arroganter Intellektueller und auch kein beschränkter, konservativer Bourgeois, wie etwa Neubauer und Schütz, er ist der Emporkömmling geblieben, der in den oberen politischen Kreisen nur bedingt akzeptiert wird. Das entzündet seinen Spott gegen die aufgeschwemmten Bürokraten aus besserem Hause. Man mag ihn, Walter S., mit sheelen Augen betrachten, er kennt seinen Wert und seine Gabe. Deshalb mußte man ihm den Job kredenzen, der ihm eine entscheidende Stimme in der Gewerkschaft und im Abgeordnetenhaus gab. Als gestickter Jongleur würde er alle Forderungen der Arbeiter entschärfen oder abwenden, die Gewerkschaft in die Politik des Senats einspannen, d. h. in die Interessen des Berliner Großkapitals.

Er kennt seine Rolle genau. Bei spontanen Abwehrkämpfen der Arbeiter gegen den Lohnabbau und gegen Massenentlassungen hat er alles zu verlieren, denn er ist Funktionsritzel der kapitalistischen Ordnung. Die Gewerkschaft unter seinem Einfluß wird also alle Versuche der Verteidigung der Rechte der Arbeiter hintertrieben. Unter seiner Regenschild sind die Gewerkschaften Glieder der Arbeitsfront mit den Unternehmern.

Stalinist Molotow behauptete 1927, daß die Arbeiter kein Recht haben, den Sowjetstaat zu kritisieren, weil es ein Arbeiterstaat sei und in ihrem Interesse handele. Diese boshafte Formel eines bornierten Bürokraten ist auch Bestandteil des Phrasenrepertoires Walters. *„Wählt uns doch ab, wenn ihr mit uns, speziell mit mir, unzufrieden seid, die Gewerkschaft ist eine demokratische Organisation. Wir handeln kraft eurer Stimmen.“* rüft er nachschreitend zu den Arbeitern zu. Nach dieser demokratischen Einlage erklärt er sofort selbst sein Pathos: *„Die Arbeiter aus den Metallbetrieben verstehen nicht alles sofort, in der Gewerkschaft werden nur mäßig die demokratischen Rechte von den Mitgliedern ausgeübt, deshalb können die Funktionäre auch so selbstgefällig werden.“*

Für die kritische Situation der Berliner Wirtschaft sieht er keinen Ausweg. Hier kann er nur als „Deutscher“ antworten, rüft er die Hilfe aller Deutschen an, die Berlin attraktiver gestalten sollen, die Wirtschaftskraft geben sollen. *„Wenn Deutschland sich für Berlin einsetzt, dann...“* Die Pause, das nicht gesprochene Wort soll Dramatik ausdrücken, er lehnt sich zurück und blinzelt tief ergriffen in die Versammlung.

Diese Glückerster und Abenteuer sind zu allem bereit, wo die Herrschaft des Kapitals aufrechtzuerhalten. Wie müssen sie jetzt entredeten, damit sie die Gewerkschaft nicht zum Instrument der Konterrevolution benutzen, damit sie den kämpfenden Arbeitern und Studenten nicht in den Rücken fallen. Seine routinierte Selbstsicherheit verleiht Walter nicht zufällig in dem Moment, wo die Drohung in der Diskussion auftaucht, daß im Falle eines Streiks der Arbeiter die Studenten zu Hilfe kommen würden.



Was ist los im Märkischen Viertel?

Eine Zwangsräumung und was man dagegen machen kann

Der Berliner Senat ist besonders stolz auf seine Sanierungsstädte, und in der Tat gehören Gropiusstadt und Märkisches Viertel zu den bestorganisierten Betrugsunternehmen, die der Senatsbürokratie zusammen mit den Unternehmern in den letzten zehn Jahren geglückt sind.

Saniert haben sich die privaten und senatseligen Grund-

stücksspekulanten und Baufirmen, deren Profite ausreichen würden, nicht nur um alte Wohnungen in Kreuzberg und in Wedding auf den neuesten Stand zu bringen, sondern auch um die Mietpreise in den neuen Städten auf einen Bruchteil der jetzigen Summen zu reduzieren. Die Familien dagegen, die ins Märkische Viertel umgesiedelt werden, zahlen den fünffachen

Preis ihrer früheren Wohnmieten und mehr. Sie haben dafür den Vorteil, in einem der modernsten Teile der Stadt zu leben, auch wenn es dort zuwenig Kindergärten, keine Jugendheime, kein Kino gibt und die Schulen, die vorhanden sind oder gerade gebaut werden, sich schon in der Planung als zu klein erweisen.

Man kann nicht alles auf einmal haben, sagen die zuständigen Ämter, während die Wohnungsbaugesellschaften Mietpreise zwischen 250 und 450 Mark einkassieren.

Wer ins Märkische Viertel einzieht, dem wird vom Bezirksamt ein Prospekt überreicht, in dem er dazu beglückwünscht wird, daß er nun Bürger in einem der komfortabelsten und modernsten Viertel der Stadt ist.

Der Arbeiter B. ist vor zwei Jahren dort eingezogen. Er war auch wirklich froh, daß er aus seiner 8 Quadratmeter großen Kochstube in Wedding herauskam und nicht mehr abends seine Möbel vor die Tür stellen mußte, damit seine siebenköpfige Familie überhaupt schlafen konnte. Er bekam eine 3½-Zimmer-Wohnung im Märkischen Viertel, hatte dankbar zu sein und 300 Mark Miete zu zahlen.

Seit einem halben Jahr kann B. nicht arbeiten, weil er mangelkrank ist. Krankengeld und Kindergeld reichen nicht, um 7 Personen zu ernähren und die Miete zu bezahlen. Das Sozialamt hat ihm dreimal einen Mietschuss gegeben, den B. bisher nicht zurückzahlen konnte. Jetzt kam die Kündigung der Wohnungsbaugesellschaft Gesobau, auf die innerhalb von vierzehn Tagen die Zwangsräumung folgen sollte. B. hatte sich mit dem Gedanken vertraut zu machen, mit seiner Familie ins Obdachlosenasyl zu ziehen.

Was B. passiert ist, passierte schon vorher zahlreichen anderen Familien. Es wird auch weiter passieren, wenn nicht irgend etwas dagegen unternommen wird.

Die Frage ist nur, wie und von wem etwas unternommen werden kann. Das Bezirksamt verweist an das zuständige Sozialamt. Das Sozialamt fühlt sich nicht verantwortlich, denn es kann nichts dafür, wenn Leute krank werden, und hat schließlich dreimal die Miete vorgestreckt. Außerdem sind Mietschüsse gezahlt worden, die man zwar sechs Monate lang beantragen mußte, die aber gezahlt werden, wenn man zufällig weiß, daß man jedes Jahr einen neuen Antrag stellen muß.

Die Instanzen, die wirklich verantwortlich sind, scheinen das Glück zu haben, daß immer nur einzelne Pech haben und krank werden, ihren Arbeitsplatz verlieren, ihre Miete nicht bezahlen können. Würden in einem Häuserblock zehn Familien auf die Straße gesetzt, hätten in einer Siedlung plötzlich hundert Familien nichts mehr zu verlieren, dann könnte es passieren, daß diese zehn, hundert Familien sich weigern würden, die Häuser zu verlassen und ihre Mieten zu zahlen, daß sie sich organisieren würden und die Ausbeutungs- und Zwangsmaßnahmen durch Widerstand und Selbsthilfeorganisationen abschaffen würden, so wie es in einzelnen Berliner Stadtvierteln in den zwanziger Jahren tatsächlich geschehen ist. Aber es ist kein Zufall, es ist auch nicht das Glück der Kapitalisten und das Pech der Ausbeuteten, daß nur einzelne oder wenige isoliert von einander aus ihren Wohnungen, aus ihren Betrieben hinausgeworfen werden.

Es ist System dahinter. Ebenso wie in den Berliner Großbetrieben Massenentlassungen dadurch verschleiert

werden, daß in regelmäßigen Abständen eine kleine Zahl von Arbeitern ihren Arbeitsplatz verliert, ebenso werden überhöhte Mieten, Räumungsklagen, Absprachen zwischen Arbeitgebern und Wohnungsämtern usw. dadurch entschärft, daß sie immer nur einzelne Unglückliche zu treffen scheinen. Und weil jeder Angst hat, es könnte auch ihn treffen, konnten bisher diejenigen beruhigt sein, die ein Interesse daran haben, daß das allgemeine Elend nur als das Elend einzelner erscheint.

Der Arbeiter B. aus der Papageiensiedlung im Märkischen Viertel hat aber begonnen, sich zu wehren. Er hat begriffen, daß er alleine nichts schafft, daß es auf kollektiven Widerstand ankommt, wenn man sich wehren will.

Unterstützt von Studenten, die von der Sache erfahren hatten und ihm helfen wollten, begann B. Flugblätter zu verteilen und mit den Hausbewohnern zu diskutieren, vor denen er früher seine Sorgen ängstlich verborgen gehalten hatte.

Auf den Flugblättern wurde zu einer Versammlung in B.s Wohnung aufgerufen, in der über die Verhinderung der Zwangsräumung beraten werden sollte.

Die Wohnungsbaugesellschaft, die über alle Vorgänge im Viertel sofort Bescheid weiß, reagierte prompt: Sie drohte allen, die zu der Versammlung gehen würden, mit unverzüglicher Kündigung.

Trotzdem kamen 20 Hausbewohner, um mit B. und den Studenten zu diskutieren. Und es kamen plötzlich auch Leute von der Wohnungsbaugesellschaft, es kamen Vertreter vom Sozialamt, vom Bezirksamt, von der Fürsorge, von der Kirche. Der Versuch dieser offiziellen Vertreter, der Familie

B. selber die Schuld in die Schuhe zu schieben, scheiterte ebenso wie der Versuch, die Studenten als Kommunisten und Aufwiegler abzufertigen und gegen die Hausbewohner auszuspielen.

Die Hausbewohner solidarisierten sich mit den Studenten, weil sie bereit waren, etwas zu tun. Und sie solidarisierten sich mit B., weil sie wußten, daß sie selber auch in dessen Lage kommen könnten.

Am anderen Tag war die Kündigung rückgängig gemacht, B. erhielt Mietrückzahlungen zugesichert, Mietschüsse, Schuldenerlaß und freundliche Worte: Er hätte doch gleich kommen sollen, man hätte doch immer ein offenes Ohr für ihn gehabt.

Warum konnte der Familie B. auf einmal geholfen werden? Warum waren plötzlich alle zuständigen Bürokraten zur Stelle? Warum wurde die Zwangsräumung so eilig rückgängig gemacht? Warum war man auf einmal so freundlich? Es ist klar, wovor die Bürokratie Angst bekommen hat: Sie hat Angst, daß das Beispiel der Familie B. Schule macht, daß die Mieter ihre Sache selbst in die Hand nehmen, daß sie lernen, wie sie sich solidarisieren und organisieren können.

Wo sie diese Angst nicht zu haben braucht, hört ihre Hilfsbereitschaft und Freundlichkeit schnell auf. Am Tage nach der Versammlung in B.s Wohnung ist, ohne daß jemand davon wußte, eine andere kinderreiche Familie aus ihrer Wohnung hinausgeworfen und ins Obdachlosenasyl gebracht worden.

Willi Pohlmann

Warum Mieten?

Der Bau einer Wohnung kostet Geld. Es muß bezahlt werden. Das versteht jeder.

Auch beim Ratenverkauf ist es so. Aber das Abzahlen hört mit der letzten Rate auf. Eine „letzte Miete“ gibt es nicht: Nach 100 Jahren kassieren die Erben des Hausbesitzers!

Wenn die Baukosten abbezahlt sind, ist die Miete eine Rente für den Hausbesitzer.

Ein Beispiel:

Ein Fabrikant baute 1875 ein Haus. Nach 25 Jahren hat er seine Kosten durch die Miete wieder herein. Seit 1900 kassieren seine Erben eine „Rente“ – bis heute. 1968 bewilligt ihnen der Staat wieder einmal eine „Rentenerhöhung“!

Eine Meldung aus dem Jahr 1970

Berlin, 5. 3. 1970. Heute übernahm der Westberliner Mieterrat den gesamten Althausbesitz in eigene Verwaltung. Zur Begründung wurde gesagt: Die Hausbesitzer haben seit 30, 50, ja 100 Jahren ihre Baukosten mehrfach hereingeholt. Anstelle der Mieten haben die Hausbesitzer jetzt ein Anrecht auf eine Altersrente von 400 Mark pro Person, dazu freies Wohnrecht.

Mieten werden nur noch zur Bezahlung der Hausbesitzerrenten und für die Modernisierung alter Wohnungen eingezogen. Die Mieten werden daher sofort um 50 % herabgesetzt.

Dieser Beschluß ist von den Bezirks- und Wohnblockmieteräten gebilligt worden. Die Bezirksmieteräte werden dafür sorgen, daß frei werdende große Wohnungen vor allem kinderreichen Familien zugewiesen werden.

Warum ist der soziale Wohnungsbau so teuer?

1. Der Grundstückseigentümer will seinen Profit. Wo gebaut werden soll, steigen die Bodenpreise. Die Spekulationsgewinne machen die Miete teurer.
2. Der Bauunternehmer will seinen Profit. In Westberlin liegen die Baupreise ein Drittel höher als in Westdeutschland.
3. Die Banken wollen ihren Profit. Ungefähr die Hälfte des Kapitals kommt von den Banken. Die Zinsen dafür machen einen großen Teil der Miete aus.
4. Die Herren Direktoren der Gewobag wollen ihren Profit. Die hochbezahlten Posten vergibt der Senat nach dem Prinzip „Eine Hand wäscht die andere“.

Wie können billige Wohnungen gebaut werden?

1967 kostete eine moderne Wohnung in Berlin 55 000 DM Baukosten. Dieser Preis könnte auf 40 000 DM gesenkt werden, wenn

1. Grundstückseigentümer keine Spekulationsgewinne erhalten,
2. die Wohnungen von öffentlichen Gesellschaften ohne Gewinn gebaut werden.

1967 standen in Berlin über eine halbe Milliarde Mark aus zinslosen Staatskrediten für den Wohnungsbau zur Verfügung. Davon könnte man fast 15 000 Wohnungen bauen – für monatlich 100 Mark Rückzahlung! (Dagegen kosten solche Wohnungen im „sozialen“ Wohnungsbau 250 Mark und mehr.) Nach 40 Jahren wäre der Kredit abbezahlt – die Wohnung ist dann

Mietfrei

„Ich höre zu meiner Bestürzung, einige Mieten werden steigen. Das ist nicht gut.“ (Schütz)



30. 4., 18.00: **Neue Welt (Hasenheide)**

1. 5., 10.00: **Karl-Marx-Platz (Neukölln) Demonstrationzug**

ca. 11.00: **Hohenstaufenplatz/Kottbusser Damm Kundgebung**

Straßensperren und Arbeitsgerät

Die freie Massenpresse von Westberlin, aus Springers Lügensilo in Privatautos, Taxien und Krankenwagen, Spritzenwagen der Feuerwehr und Mannschaftswagen der Polizei, nur nicht in den eigenen Vertriebswegen herausgeschmissen, will sich mit euch gemeinsam machen. Wie Sichert, Kiesinger und der Rest fürchtet sie am meisten, ihr könnt anfangen, zu begreifen, welches Spiel sie mit euch treibt.

Auf Seite 13 der BZ vom Dienstag, dem 16. April, erzählt uns „Peer“, er habe „in einer der letzten Nächte mit jungen Arbeitern gesprochen“. Gehört seine jungen Arbeiter noch vor einigen Jahren der „sogenannten Lederjackett-Bande“ an, die die Straßen in Wedding mit ihren Motorrädern unsicher gemacht hätte, so verglichen diese jetzt, nach einer Zeit der Selbstbestimmung, die Aktionen der Linken mit ihren eigenen. Die Jungen Arbeiter der BZ öffnen gemeinlich den Mund und rufen mit fester Stimme ins Tonbandgerät des Reporters: „Was war das schon gegen das, was die Radikalen jetzt da treiben? Wir haben keinen Schutzmännern verprügelt und keine Scheiben eingeschlagen. Und wir hatten viel zuviel Achtung vor den Fahrzeugen anderer, als daß wir sie zerstört hätten. Aber wir waren eben bloß einfache Arbeiter.“

Nachdem wir die Statisten, die soeben nach dem Taktstock des BZ-Autors ihren Arbeitstext aufgesetzt haben, aufgefördert haben, in Wedding nach „Schutzmännern“ zu suchen und jungen Arbeitern, die „viel zuviel Achtung vor den Fahrzeugen anderer“ haben, nachdem wir also wissen, wie diese Jungarbeiter-Sätze getextet hat, sehen wir auf der Seite 13 gegenüberliegende Seite 12 der BZ. Neben der Empfehlung eines Armeesoldaten durch ABC-Barkredite, sich noch rascher als bisher in Schulden zu stürzen, um noch rascher als bisher — und wenn nicht heute, dann spätestens zum 1. Juli, wenn die Mieten hochgehen — aus der Wohnung zu fliegen, neben dieser Berge von Glück verheißenden Anzeigen gibt es Bilder vom Oster-Untergrund. Unter einem der Fotos, das die Errichtung von Barrikaden aus gemischtem Metallgut zeigt, kann man — wie am 4. März, einen Tag nach der Griechenland-Demonstration in der gleichen Presse — folgende Bildunterschrift lesen: „Straßensperren aus Arbeitsgerät: Karren, Verkehrsschilder und Ölflässer.“

Diese Bildunterschrift muß korrigiert werden. Sie unterschlägt nicht nur, woraus die Demonstranten Straßensperren errichteten: Holzklötze, Hohlbocksteine, Bauhölzer, Eisenträger, Kanalisationsröhren, Förderbänder, Bauwagen, Lastwagenanhänger und Personautos. Sie spricht nicht grundlos von Arbeitsgerät, selbst wenn im Text nur Karren darunter fallen. Sie sagt vor allem aber kein Wort über die Bedeutung der Straßensperren selbst. Im Verein mit dem Lautsprecherpropagandisten der Polizei, dessen gequält witzige Durchsagen weniger die Demonstranten über die Folgen ihres Handelns belehren als vielmehr die Gliederungen der Ordnungskräfte selbst mit Argumenten für gezielten Schlagstockgebrauch, mit Argumenten für Fußtritte, Faustschläge und Mißhandlungen ausstatten sollen, beschwört die BZ den Geist des Strafgesetzbuchs.

Sie übersieht dabei, daß wir die sogenannten strafrechtlichen Folgen genau kennen und trotzdem nicht davor zurückweichen, in den Reich der durch Klassenfraßrecht legitimierten polizeilichen Gewaltanwendung zu geraten, die symbolisch verstandenen Aktionen schlieden notwendig

setze aber, von denen wir sehr wohl wissen, daß sie als Instrument der herrschenden Klasse gegen streikende Arbeitermassen geschaffen wurden, verleben in den Kämpfen der Demonstranten ihren drohenden Charakter; bei Arbeitskämpfen werden sie vollends unwirksam.

Es nützt der parlamentarischen Maske der Klassenjustiz im Senat deshalb wenig, wenn sie es „für notwendig“ hält, daß die Moebler Justizmaschine „gegenüber der veränderten Situation und den veränderten Tätergruppen“ „beweuglicher“ wird (BZ, S. 11). Die veränderte Tätergruppe ist entschlossen, zu zeigen, daß der mit irrinnigen Summen unterhaltene „Apparat der Westberliner Polizei“ nur seine Hilflosigkeit gegenüber der veränderten Situation demonstriert; daß er die morsche Stütze ist für den Berliner Senat, der glaubt, mit Westberlin „Chicago“ spielen zu können, der glaubt, durch den herzlichen Dank an die Polizeiführung bewiesen zu haben, daß die ganze Stadt so prima funktioniere wie die Polizei. Das Gegenteil ist wahr. Dieser Apparat hat uns noch nie imponiert und die veränderten Tätergruppe erst recht nicht.

Die Jungen Arbeiter, mit welchen die BZ nachts in Wedding geplaudert haben will, waren zur gleichen Zeit vor Springers Haus und bombardierten, gemeinsam mit Schülern und Studenten, die Wasserwerfer mit allem, was ihnen in die Hände geriet. Die Autos der Arbeiter schonend, verlorren sie die Achtung vor den Fahrzeugen anderer. Es waren Springers Auslieferungswagen, die in Flammen standen. Die sie angezündet haben, wissen zu gut, daß damit die Enteignung Springers keinen Schritt näher gerückt ist. Aber sie wissen ebenso, daß sie solange den Konzern von außen angreifen müssen, bis die Drucker und Setzer selbst aufstehen gegen die Gewalt, zu denen die Zeitungen, die sie setzen und drucken, täglich gegen uns aufrufen. Daß sie so lange demonstrieren werden, bis die demokratische Entscheidung nicht mehr an den Klosken, sondern in Redaktion und Rotation stattfindet.

Die BZ, die mit Abscheu registriert, daß die Demonstranten nicht davor zurückschrecken, Straßensperren aus Arbeitsgerät zu errichten, muß mit einer Verschleierung operieren. Diese besteht in einer Unterschlagung. Wenn die BZ von „Randalieren“ spricht und, mit Hopp und Wupp, veränderte „Tätergruppen“, verschweigt sie systematisch, wer neben den Studenten die Demonstrationen bestimmt. Sie ist zu dieser Unterschlagung gezwungen, um die von Sichert und Springer behauptete Kluft zwischen Arbeitern und Studenten offenzuhalten. Zusammen mit dem eigentlichen Propaganda-Organ des Senats, der Morgenpost, unterschlägt sie damit, daß der organisierte Schwindel, um dessen Verbreitung sich Senat und Springer gleichermaßen bemühen, bei Tausenden jungen Arbeitern in Westberlin nicht mehr nur auf taube Ohren stößt, sondern offen von unten durchschlägt wird. Die Vertreter des Senats sind sich dieser veränderten Situation wohl bewußt. So sagte beispielsweise Neubauer als Redner für die ÖTV-Jugend ab, die am 18. 4. für die Philharmonie nachmittags dienstfrei erhielt, nur weil er erfahren hatte, daß Jungarbeiter und Lehrlinge mit Flugblättern einetroffen waren. Die BZ muß verschweigen, daß sich die Lehrlinge in den Lehrwerkstätten und den Berufsschulen zu den Demonstrationen organisieren beginnen; sie muß verschweigen, daß überall in der Stadt die in Unmöglichkeit und Abhängigkeit Gehaltenen

1. Mai, den Kampftag der Arbeiter, Schüler und Studenten. Sie muß verschweigen, daß die Studenten nicht mehr allein sind. Deswegen die Lüge. Denn die, denen die Arbeitsgeräte nicht gehören, nicht die Karren und Schuppen für den Straßenbau und nicht die Maschinen in den Fabriken; die, denen man vorlügt, es sei ihr Staat, der hier vor ihren Augen in Trümmer geht; und die Jungen Arbeiter, denen die BZ ihre Arbeitsgeräte wie Seife ums Maul schmiert als wären es ihre — die haben es nicht nötig, von der Springer-Presse an die Karren und Schuppen der Unternehmer gekettet zu werden; die werden sich um ihre Arbeitsgeräte nicht kümmern, solange sie ihnen nicht selbst gehören; die werden sich einen Dreck scheeren um ihre Arbeitsgeräte, solange nicht sie bestimmen, was mit diesen Arbeitsgeräten gemacht wird. Die finden allerdings, daß man mit diesen Karren und Schuppen, Transportbändern und Hohlbocksteinen, mit denen sie Wohnungen bauen, aus denen sie wieder rausgeschmissen werden, weil sie die Mieten nicht mehr zahlen können, die also bauen für die Hausbesitzerwillkür per Gesetz in dieser Stadt ab 1970! — die finden allerdings, daß man mit diesen Arbeitsgeräten und mit diesem Material Straßensperren errichten muß, solange die Druckmaschinen im Springerhaus selbst nicht gestoppt werden; solange sie nicht frei gemacht werden für Zeitungen, die die Interessen der arbeitenden Menschen in dieser Stadt vertreten und nicht die eines Unternehmensrats, der den wirtschaftlichen Bankrott systematisch vorbereitet.

„Wo es sich um eine vollständige Umgestaltung der gesellschaftlichen Organisation handelt, da müssen die Massen selbst mit dabei sein, selbst schon begriffen haben, worum es sich handelt, für was sie mit Leib und Leben eintreten... Damit aber die Massen verstehen, was zu tun ist, dazu bedarf es langer, ausdauernder Arbeit, und diese Arbeit ist es gerade, die wir jetzt betreiben, und das mit einem Erfolg, der die Gegner zur Verzweiflung bringt.“

Heidi Knüttler

Lehrlinge auf die Barrikaden!

Am Abend des Ostersonntag sah es in der Technischen Universität so aus, als sei der übliche Ausbildungsbetrieb am Ende. Wo sich sonst kaum ein Arbeiter hinverirrt, (nur drei Prozent der Arbeiterkinder können an der Universität studieren), saßen an diesem Abend dichtgedrängt Lehrlinge, junge Arbeiter, Schüler, Studenten. Sie wollten nicht nur mitlaufen, mit die Parolen schreiben, sondern mitentscheiden, welche Aktionen gegen den Springer-Konzern die besten seien. Schon hinter den Barrikaden am K'Damm, am gleichen Nachmittag, konnte jeder nachprüfen, was es mit der Legende auf sich hat, die Demonstranten seien nur Studenten, genauer, vorgebliche Studenten, die auf Kosten der Steuerzahler randalierten.

Warum so viele Lehrlinge und junge Arbeiter? Aus Rabatz? Klar. Eine Demonstration muß auch Spaß machen. Wie gerne sähe uns der Senat schwelgend, die Augen am Boden, die Straßen entlangtrotten. Aber: Der Rabatz ist die vernünftige Antwort auf einen Zustand, der unverünftig ist. Dieser unverünftige Zustand ist die Ausbeutung und Unterdrückung in der Schule, im Betrieb und an den Universitäten. Die Studenten haben das als erste begriffen, weil ihnen trotz strenger Disziplinierungsversuche mehr Zeit zum Nachdenken bleibt als den anderen. Sie kämpfen für Demokratie in der Organisation der Universität, in der Ausbildung und deren Zielen, gegen die Fortdauer der Klassenuniversität. Weil sie wissen, daß man die Gesellschaft verändern muß, um die Universitäten zu verändern, und weil sie wissen, daß man das nur selbst tun kann, gehen sie auf die Straße.

Es ist klar, die jungen Arbeiter, besonders die Lehrlinge, sind womöglich noch abhängiger als die Studenten. Dabel ist weniger wichtig, daß Lehrlinge und Studenten gleich wenig Geld haben. (Das Durchschnittseinkommen der Studenten ist ungefähr doppelt so hoch wie die Lehrlingsvergütung nach dem dritten Lehrjahr, ungefähr 350 Mark). Aus-

schlagend ist, daß der junge Arbeiter in der Lehre und in der Berufsschule ohnmächtig ist, als Lehrling keinen Einfluß auf seine Arbeitsbedingungen hat, auf das, was er lernt und wie er es lernt. Die Jugendvertreter, deren beratende — nicht etwa mitentscheidende — Stimme im Betriebsrat, das Mitspracherecht des Betriebsrats bei der Ausbildung selbst sind keine Gegenargumente. Sie beweisen gerade die Machtlosigkeit der Lehrlinge und Berufsschüler. Auf den Lehrplan der Berufsschulen können die Lehrlinge keinen Einfluß nehmen. Er wird zwischen den einzelnen Schulen und dem Schulsenator ausgehandelt.

Die Ausbildung in den Betrieben ohne Lehrwerkstätten ist jeder Kontrolle entzogen. Hier sind der Ausbeutung keine Grenzen gesetzt.

In den Betrieben mit Lehrwerkstätten oder Lehrlehren wird nach „Berufsbildern“ gelehrt, die von den Unternehmern und der Staatsbürokratie festgelegt werden.

Wie aber tatsächlich im Einzelbetrieb ausgebildet wird, kann weder der mit den Eltern abgeschlossene Lehrvertrag noch der Tarifvertrag festlegen, der ja nur die minimalen Rechte (Akkord, Wechselschicht, Urlaub) absichert. Die Ausbildung im Einzelbetrieb, ob mit oder ohne Lehrwerkstatt, dient den Erfordernissen dieses Betriebs, zum Beispiel seinen besonderen Nachwuchsproblemen, zu deutsch: Sie ist dem Profitinteresse der Unternehmer angepaßt. Die betriebliche Ausbildung erhöht deshalb die Abhängigkeit der jungen Arbeiter.

Das Betriebsverfassungsgesetz, das die Herrschaft der Unternehmer unter dem Schein einer Arbeitermitbestimmung festigt, läßt dem Verein der Arbeiter das Ventil der Jugendversammlung. Aber diese Versammlungen können, selbst wenn sie regelmäßig tagen — was sie nicht tun —, bestenfalls Empfehlungen

Lehrlinge auf die Bar Spalte 2 lin 31, Kurfürstendamm 140/II aussprechen und in Einzelfällen korrigieren. Sie sichern nur die gesetzlichen und tariflichen Rechte — an der Ohn-

macht der jungen Arbeiter können sie nichts ändern.

Dieser Zustand kann nur durch Kampfmaßnahmen der Betroffenen selbst geändert werden. Die gewerkschaftlichen Organisationen an der Basis, eben die Jugendvertreter und jugendlichen Vertrauensleute, können ein wichtiger Hebel werden, wenn sie zu kämpfen verstehen. Aber ihre Aktivität ist begrenzt durch die Gesetze und durch das Faktieren der Gewerkschaftsbosse mit den Unternehmern. Deshalb haben vor einem Monat mehrere hundert Berufsschüler einen gemeinsamen Anlauf gemacht und sich zur Diskussion ihrer Probleme versammelt. Dieser Beginn einer Organisation trug zu den gemeinsamen solidarischen Aktionen nach dem Attentat auf Rudi Dutschke bei.

Jetzt muß die neue gewonnene Kraft gegen die Unterdrückung im Betrieb gekehrt werden. Die Logik dieser Unterdrückung bringt die Logik des Widerstandes hervor. Das heißt: Die erste Aktion auf Betriebsebene muß die Bildung von Lehrlingskollektiven sein. Sie erkämpfen gemeinsam einen Ausbildungsvertrag, der ihre Mitbestimmung an einem Ausbildungsplan sichert, der in jedem Betrieb vorliegen muß. Dieser Ausbildungsplan muß auf die technische Entwicklung der Produktion Rücksicht nehmen, er gründet auf der umfassenden Förderung der Fähigkeiten jedes Lehrlings. Die Zustimmungrechte des Betriebsrats innerhalb des Tarifvertrages nehmen die Lehrlinge selbst wahr.

Die zweite Aktion muß die Ausbildung selbst dem Profitinteresse entziehen. Die Lehre muß überbetrieblichen Lehrwerkstätten überantwortet werden. Diese Werkstätten müssen demokratisch und wissenschaftlich organisiert werden. In ihnen organisieren sitzen Pädagogen und Vertreter der Arbeiterorganisationen. Die Lehrlinge bestimmen mit über die Arbeitsbedingungen und die Ziele ihrer Berufsausbildung.

In den Oberschulen werden Kampagnen gestartet, mit dem Ziel, gemischte Klassen aus Oberschülern und Lehrlingen zu bilden, damit die Klassenstrahlen niedrigergerissen werden.

Mit diesen beiden Aktionen muß der Kampf um die Demokratisierung der Berufsschulen verbunden werden. Diese trichieren unter dem Vorwand einer neutralen Vermittlung von Wissen (Deutsch, Staatsbürgerkunde usw.) den Berufsschülern Achtung vor den Autoritäten in Staat und Gesellschaft ein. Ihre Unterrichtspläne müssen öffentlich beschlossen werden unter Mitwirkung der Jugendlichen.

Die „Wirtschaft“, wie sie sich selbst gerne nennt, beklagt den schwachen Stand der Grundschulausbildung, um ihre eigene Unfähigkeit, die Lehrlingsausbildung menschenwürdig zu ordnen, zu beschuldigen. Dabel ist klar, daß die Bildungsauswendungen dieser Gesellschaft von einem Parlament und einer Regierung abhängen, die ihrerseits mit der „Wirtschaft“, das heißt den organisierten Unternehmern, verflochten bzw. von ihr abhängig sind.

In der Schule, im Betrieb und auf den Universitäten geht deshalb der Kampf gegen einen gemeinsamen Feind.

Christian Rakowski

Die Richtung stimmt



Arbeitslose durch Springer-Enteignung?

Wenn wir uns gegen die Revolverpresse Springers wehren, die zur Gewaltanwendung gegen uns aufruft, dann nicht um die Arbeitsplätze der Arbeiter zu gefährden, wie der Vorstand der IG Druck und Papier behauptet, sondern um uns gegen die antidemokratische Springerpresse zu wehren, die weit gefährlicher ist als die NPD.

Dabel handeln wir auch im Interesse der Arbeiter, gegen die Springer genauso heutzutage, wenn sie selbständige Interessenpolitik gegen die Unternehmer machen, wie die Gummiarbeiter von

In Wahrheit gefährdet Springer selber die Arbeitsplätze der Drucker und Setzer usw., weil er darüber entscheiden kann, ob Betriebe automatisiert oder stillgelegt werden. In Düsseldorf flohen die Leute vom „Mittag“ auf die Straße, als Springer die Zeitung übernahm. Springer setzt die Arbeiter und Redakteure einfach auf die Straße, wenn sie ihn zu viel kosten, ohne daß die Belegschaft darüber mitbestimmen kann.

Die Enteignung Springers ist nicht mit einem Verlust der Arbeitsplätze der Drucker und Set-

hentlich andere Zeitungen, nicht um die Abschaffung von Massenzeitungen überhaupt. Wir wollen eine demokratische, keine faschistische Massenzeitung.

Deshalb sind wir jungen Arbeiter, Schüler und Studenten, die bis jetzt die außerparlamentarische Opposition bilden, darauf angewiesen, daß alle Arbeiter unseren Kampf gegen Springer aktiv unterstützen, und daß die Bildungsauswendungen dieser Gesellschaft von einem Parlament und einer Regierung abhängen, die ihrerseits mit der „Wirtschaft“, das heißt den organisierten Unternehmern, verflochten bzw. von ihr abhängig sind.

Aus: Arbeiter-, Schüler-, Studenten-Zeitung, Frankfurt/Main

Herausgegeben vom Komitee der Arbeiter, Schüler und Studenten, verantwortlich f. d. Inhalt: Tilman Fichter, Peter NEITZKE und Wolfgang Hohmann, 1 Berlin 31, Kurfürstendamm 140/II. Druck: Erich Lesinsky Verlag und Buchdruckerei GmbH